

Die Berufsvorbildung der Frauen.

Ein Problem, das eine kleine Gruppe von ernstesten Frauen schon länger beschäftigt, ist durch den Krieg spruchreif geworden. Es handelt sich darum, ob anzustreben sei, daß auch die Arbeiterinnen für den Beruf, den sie ausüben wollen, eine entsprechende Vorbildung erhalten sollen, um ihnen das Aufsteigen in die Reihen der qualifizierten Arbeiter zu ermöglichen. Schon vor zwei Jahren wurden in Wien Berufsberatungsstellen errichtet, um den aus der Schule austretenden Mädchen zu raten, welcher Beruf für die nächste Zeit Aussicht bietet und welche Vorgezeit notwendig ist. In letzter Zeit hat sich auch im Rahmen des Kriegsfürsorgewesens eine Vereinigung gebildet, welche Kriegserwitwen bei der Wahl eines Berufes beraten und unterstützen soll. In Fluß gebracht wurde auch diese Sache hauptsächlich durch das Beispiel Deutschlands, wo man sich auf Konferenzen und literarisch mit dem künftigen Los der in das Erwerbsleben tretenden Frauen und Mädchen eingehend beschäftigt. Neben vielem Guten läuft natürlich auch hier viel Spreu mit. Es ist nicht zu verkennen, daß hier manch übereifriges Getue vom Standpunkt der Berufsarbeiterin als schädlich anzusehen ist. Vor allem alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, den Kriegserwitwen durch die Arbeit gewissermaßen nur einen Lohnzuschuß zur Witwenrente zu sichern.

Solch bescheidene, anspruchslose, billige Arbeitskräfte würden natürlich manchem Arbeitgeber willkommen sein: zur Durchsetzung lohnbrückerischer Absichten. Da aber der Krieg auf keinen Fall dazu führen darf, irgend einer Schicht der Arbeiterklasse, in diesem Falle den Arbeiterinnen, das Dasein zu erschweren, so ist es gewiß nützlich, schon heizzeiten den Bestrebungen auf diesem Gebiet alle Aufmerksamkeit zu widmen. Die führenden Kräfte der Frauenbewegung hier wie in Deutschland sehen in der Berufsausbildung der Arbeiterinnen ein Mittel, die Lohnverhältnisse der weiblichen Arbeiterschaft zu verbessern. Um die Wiener interessierten Kreise zu unterrichten über die Ziele und Erfolge auf diesem Gebiet in Deutschland, fand vorige Woche im Festsaal des Gewerbevereines eine von der Wiener Berufsberatungsstelle einberufene stark besuchte Frauenversammlung statt, die unter dem Vorsitz der Frau Oly Schwarz tagte. Die Vorsitzende der

deutschen Berufsberatungsstellen in Deutschland, Frau Lewy-Nathenau, war als Rednerin erschienen. Da man sich in Deutschland schon seit zwölf Jahren mit dieser Sache beschäftigt und es schon 87 solcher Beratungsstellen gibt, so verfügt man dort gewiß schon über ein großes Maß von Erfahrungen. Die Referentin meinte, daß es vor sechs Jahren beinahe noch Erstaunen hervorrief, wenn man von der Bedeutung der Berufsausbildung der Frauen sprach; heute aber sei dies fast ein Modeschlagwort geworden. Obwohl es in Deutschland schon 1907 zweieinhalb Millionen Arbeiterinnen gab, bestand der gelehrte Nachwuchs nur aus Männern. Beim weiblichen Geschlecht wurde immer der Standpunkt vertreten, schnell und viel zu verdienen, da man die Berufsarbeit der Mädchen nur als Zwischenschufe zwischen Schule und Ehe betrachtete. Da Frauen über keine Vorbildung verfügen, war es für alle Frauen, die erst in späteren Jahren in die Lage kamen, verdienen zu müssen, schwer, einen Arbeitsplatz zu finden. Ihre geringere Anpassungs- und mindere Leistungsfähigkeit, verbunden mit der Verbesserung der Sozialgesetzgebung, verstärkte den Unwillen der Unternehmer gegen ihre Verwendung. Als ältere Arbeiterinnen, die schwerer unterkommen, gelten aber schon Frauen von 35 Jahren aufwärts. Die Berufsausbildungsstellen aber mühten zu der Ueberzeugung kommen, daß es ganz aussichtslos sei, ältere Frauen berufstätig zu machen. Man erkannte, daß man sich der Jugend zuwenden müsse, denn die Bildung ist die beste Mitgift für ein junges Mädchen. Während die ärmeren Schichten nicht auf die Ausbildung der Mädchen Wert legten, sondern auf rasches Verdienen, zeigte sich bei den höheren Schichten das Vorurteil, daß die Arbeit die Heiratsaussichten der Mädchen verschlechtere. Die Ehe war aber schon vor dem Kriege keine Verjorgung.

Der Krieg aber erzeugte verstärkte Nachfrage nach Arbeitsstellen. Die Heiratsaussichten sind verschlechtert und nicht nur die Kriegserwitwen, sondern auch jene Frauen, deren Männer als Krüppel zurückkehrten, müssen sich einem Beruf zuwenden. Zahllose kriegsgetraute Frauen im Alter zwischen 18 und 25, zum Teil ohne Kind, andere mit nur einem Kind, wenden sich Berufen zu und sie sollen berufstätig gemacht werden. Die älteren Frauen unter den Kriegserwitwen sind kein Typus. Entschieden wendete sich Frau Lewy-Nathenau gegen alle Bestrebungen, die dahingehen, die Kriegserwitwen, die eine Rente beziehen, als Arbeiterinnen so zu entlohnen, daß die Rente in den Lohn miteinkalkuliert wird. Das würde ein Herabdrücken des Arbeiterinnenlohnes überhaupt bedeuten. Leider stehen aber auch deutsche Behörden auf dem Standpunkt, die Frauen ihrer Gefallenen, die eine Rente beziehen, mit niedrigem Gehalt anzustellen. Diese Schädigung des Frauenberufslebens muß verhindert werden. Ebenso schädlich ist das aktuelle Lösungswort für Kriegserwitwen und Kriegserwitwen: Heimarbeit! Unter dem entsprechenden Titel: „Wir können die Frauen nicht ihren Familien entziehen“, werden Unterrichtsschulen für Strohhutnäherinnen, für Spitzenarbeit und anderes gegründet, um die Frauen zu Heimarbeiterinnen auszubilden. Die deutschen Berufsberatungsstellen versuchen, mit den zuständigen Behörden dauernde Beziehungen zu unterhalten, um mit ihrer Unterstützung die Frauenberufsarbeit zu heben. Bei Kriegsausbruch hat sich gezeigt, daß die Welle der Arbeitslosigkeit am stärksten die Ungelernten getroffen hat. Die deutschen Militärbehörden verdienen die Anerkennung, daß sie den Bestrebungen der Frauenberufsberatung volles Verständnis entgegenbringen. Die Militärbehörden haben offensichtlich gewarnt vor jenen Schulen, die unter der Lösung: „Lohnender und schneller Beruf für Kriegserwitwen“ mit der Not der Armen spekulieren. Das preussische Kultus- und das preussische Handelsministerium sowie der Berliner Magistrat unterstützen die Absichten der Frauen in der Berufsberatung. Aber, so sagte die Rednerin, ohne die Mitarbeit der Schule kann die Jugend nicht gewonnen werden, wird alle Arbeit nur Stückwerk bleiben. Der Magistrat Berlin läßt in Anerkennung dieses Standpunktes die Fragebogen der Berufsberatung, die an die austretenden Schülerinnen gerichtet sind, durch seine Organe in die Schulen bringen. Der Verein der Lehrerinnen aber hat auf seiner Tagung die Berufsberatung der Mädchen auf die Tagesordnung gesetzt und akzeptiert, was von den auf diesem Gebiet arbeitenden Frauenorganisationen angestrebt wird.

Wir gehen, schloß das Referat, einer wirtschaftlichen Krise entgegen, wenn der Krieg zu Ende ist. Die Kriegsindustrie wird nicht so rasch auf die Friedensindustrie umgewandelt sein. Die Rückströmung der Krieger, die wir alle erkennen, bedeutet für viele Frauen Arbeitslosigkeit. Da wird Arbeit von großem Umfang geleistet werden müssen. Wieder werden die Ungelernten in stärkerem Maße zum Opfer fallen, denn bei der Beschäftigung der Frauen in der Kriegsindustrie hat sich erwiesen, daß jene Arbeiterinnen leistungsfähiger sind, die für einen Beruf vorgebildet sind. Der Arbeitgeber erhält sich jene Arbeiterinnen lieber, die auch gelernt sind. Fortbildungsschulen sind für die Frauen eine Notwendigkeit, ebenso Fachschulen. Auch der Haushaltungsberuf muß erlernt werden. Wichtig wird sein, festzustellen, wie die Verwendung in den neuen Berufen auf die Frauen gesundheitlich und sittlich gewirkt hat und welche Veränderungen sonst durch den Krieg vorgekommen sind. Die künftige Gewerbezahlung wird die Frauen mehr berücksichtigen müssen. Mit dem Worte „hilft“ in der Rubrik der Frauen wird man nicht mehr zufrieden sein können. Denn was „hilft“ die Frau? Hilft sie dem Manne beim Schneider oder hilft sie im Haushalt?

Der Vortrag der Frau Lewy-Nathenau wurde mit warmem Beifall aufgenommen. Wünschenswert wäre nur, daß auch bei uns dieses wie so manches andere ernste Problem das Interesse größerer Kreise nicht nur an einem Abend fesseln würde, sondern daß die paar Frauen, die sich mit Ernst dieser Sache widmen, bei allen zuständigen Stellen das notwendige Interesse fänden. Ob sich auch bei uns die Gemeinde, der Handels- und der Kultusminister für die Berufsausbildung und Beratung der Arbeiterinnen interessieren, wurde von den Leiterinnen der Wiener Berufsberatung nicht berichtet. A. P.